

Schwangerschaftsabbrüche in Sachsen-Anhalt: Dringender Handlungsbedarf

Die Grünen fordern in Sachsen-Anhalt einen besseren Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen, während die Ärzteanzahl stark abnimmt.

Der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen in Sachsen-Anhalt: Ein wachsendes Problem

In Sachsen-Anhalt zeichnet sich ein alarmierender Trend ab: Die Möglichkeit, einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen, wird immer eingeschränkter. Diese Entwicklung hat nicht nur unmittelbare Auswirkungen auf betroffene Frauen, sondern spiegelt auch einen besorgniserregenden Mangel an medizinischer Versorgung in bestimmten Regionen des Bundeslandes wider.

Rückgang der Frauenärzte mit Genehmigung

Seit 2017 hat die Zahl der Frauenärzte, die die Genehmigung zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen besitzen, in Sachsen-Anhalt von 40 auf lediglich 30 abgenommen. Diese Reduzierung ist besonders drastisch in ländlichen Gebieten und stellt für viele Frauen eine erhebliche Hürde dar. Im Landkreis Mansfeld-Südharz ist nach offiziellen Angaben der Landesregierung seit 2023 kein Frauenarzt mehr mit dieser Genehmigung aktiv.

Regionale Unterschiede verstärken

Ungleichheit

Die Problematik wird durch erhebliche regionale Unterschiede verschärft. In einigen Landkreisen existiert nur ein praktizierender Frauenarzt, der Schwangerschaftsabbrüche vornehmen kann, was die Anreise für betroffene Frauen erheblich erschwert. Selbst in größeren Städten wie Halle (Saale) ist ein Rückgang bei den Ärzten zu beobachten, die bereit sind, solche Eingriffe vorzunehmen.

Die Reaktion der Politik

Die gesundheitspolitische Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion, Susan Sziborra-Seidlitz, äußerte sich zu dieser besorgniserregenden Entwicklung: „Die Landesregierung schaut tatenlos zu, obwohl sie Handlungsmöglichkeiten hat.“ Sie fordert, dass landeseigene Kliniken bei der Einstellung von Fachärztinnen sicherstellen, dass die Bereitschaft zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen ein entscheidendes Kriterium sein sollte.

Fehlende Informationen der Landesregierung

Die Landesregierung wird zudem kritisiert, weil sie auf viele Fragen aus einer Kleinen Anfrage nicht zufriedenstellend antworten kann. Unklar bleibt beispielsweise, wie weit die Anreisewege für Frauen sind, die einen Schwangerschaftsabbruch benötigen, sowie in welchen Kliniken die Facharztausbildung zum Thema Schwangerschaftsabbrüche angeboten wird. Diese Unkenntnis wird als Zeichen einer verpassten Verantwortung gesehen, die für die Gesundheit und Sicherheit von Frauen lebenswichtig ist.

Die Wichtigkeit einer umfassenden Versorgung

Die aktuelle Situation in Sachsen-Anhalt ist alarmierend, da sie die gesundheitliche Versorgung von Frauen gefährdet. Ein unzureichendes Angebot an Frauenärzten, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, kann langfristig schwerwiegende Folgen haben. Es wird zunehmend klar, dass Verbesserungen dringend notwendig sind, um die medizinische Grundversorgung in den betroffenen Regionen sicherzustellen und das Recht der Frauen auf eine gesicherte medizinische Betreuung zu gewährleisten.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de